



DENN SIE HABEN JA NICHTS ZU TUN...

Langeweile unter Asylbewerbern

„Sie haben ja nichts zu tun“ – das wird gerne als Erklärung oder Entschuldigung dafür angeführt, dass „Zuwanderer“ pöbeln, klauen oder sich den ganzen Tag mit Bier oder Drogen zuknallen.

Bürgermeister König aus Boostedt, jüngstes Opfer einer Erkenntnis, die sich irgendwann nicht mehr weglügen lässt ([PI-NEWS berichtete bereits](#)), versucht sich in Erklärungen für die neuartigen Phänomene. [Der NDR zitiert](#) ihn ab Minute 0:56:

Es seien junge Männer „ohne Bleibeperspektive“, die vor der Ausweisung oder Rückführung stehen. Da kann man nun streiten, ob das bei zivilisierten Menschen zu solchen Ausfällen führen muss, wenn der unbegründete Wunsch auf „Asyl“ rechtswirksam abgelehnt worden ist. Einen anderen Grund nennt eine Bürgerin des Ortes (ab 1:16):

„Die haben ja auch nichts zu tun, die werden ja nicht beschäftigt. Was sollen die den ganzen Tag machen?“,

sagt Gisela Schellack ab Minute 1:16. Und das hat nun durchaus etwas für sich. Die „Flüchtlinge“ werden in der Regel extrem gut versorgt, wenn man die Verhältnisse ihrer Herkunftsländer

als Vergleich heranzieht. Warum sollten sie da nicht einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen müssen, um für ihr freies Leben ansatzweise etwas zurückzugeben? Gleichzeitig kämen sie im wahrsten Sinne des Wortes von der Straße herunter und müssten nicht auf dumme Gedanken kommen.

Den „Flüchtlingen“ sollten, so hier die grundsätzliche Überlegung, einfache Arbeiten aufgetragen werden, die sonst von der freien Wirtschaft nicht erledigt würden, die also nicht in Konkurrenz zu existierenden Arbeitsplätze treten. Als Belohnung könnte man ihnen Konsum gestatten, der über den bisherigen hinausgeht.

Unter jetzigen Bedingungen könnte das so sein, dass sie weiterhin ihr Geld bar erhalten, ansonsten aber mit Gutscheinen vorlieb nehmen müssten, für die dann keine Zigaretten oder Alkohol eingekauft werden dürfen. Später sollten, nach einer kompletten Umstellung auf Gutscheine, eventuell Zigaretten erlaubt sein, die es sonst, bei Arbeitsverweigerung, nicht gibt.

Zwei Beispiele sollen nur kurz skizziert werden:

1. „Zuwanderer“ könnten sich tagsüber an Altglascontainern aufhalten müssen, um dort die richtige Farbzuordnung sicherzustellen und Verschlüsse oder ähnliches vorher zu entfernen. Acht Stunden unter einer kleinen Überdachung. Das Resultat würde zeigen, ob sie gut gearbeitet haben, Kontrollen der Anwesenheit müssten natürlich durchgeführt werden.
2. „Zuwanderer“ könnten entlang unserer verdreckten Straßen mit Müllzangen Abfall aufsammeln, der dort die Umwelt schädigt (und als Plastik im Meer landen könnte!). Also: jeden Tag einen Streckenabschnitt von etwa zehn Kilometern säubern, das ist sicher bequem zu schaffen. Wer es mit den Beinen hat und nach der Flucht nicht mehr gehen kann, wird dann, wie gesagt, an einen Altglascontainer gesetzt.

Wer gar nichts kann, weder sitzen noch laufen, sollte dann aber zu Hause bleiben und sich schonen, bis die Gesundheit wieder mitmacht. Vielleicht gibt es auch da immer noch kleine Arbeiten, wie Kulis zusammensetzen, die man dann auch im Liegen erledigen kann. Und, das werden nicht alle gerne hören, aus Gründen der Gerechtigkeit sollte man auch deutschen Hartz IV-Empfängern zumuten, solche Arbeiten zu verrichten.

Diese sollten dann aber auch den „Flüchtlingen“ gleichgestellt sein und alle möglichen Vergünstigungen verlangen können, die „Flüchtlinge“ bereits heute erhalten, sei es eine Neubauwohnung mit Tiefgaragenplatz oder kostenlose Beförderung zur Arbeit mit dem Taxi oder auch nur ein neues Fahrrad, für das man früher noch sparen oder auf den Geburtstag warten musste.



„Flüchtlinge“ – ein CDU-Bürgermeister hat fertig

Von LUP0 | Daniel Günther (CDU), der schwarzgrüne Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hat gerade gefordert, die Bürger mögen sich weniger mit der Flüchtlingspolitik beschäftigen. Für die wohl meisten Bürger von Boostedt, einer 4600-Einwohner-Gemeinde bei Neumünster in Schleswig-Holstein, und ihrem christdemokratischen Bürgermeister Hartmut König, mag das wie Hohn geklungen haben.

„Die Stimmung in Boostedt kippt“, [klagt König öffentlich an](#). Wegen der „Flüchtlinge“ und den wachsenden Problemen.

Wenn ein Bürgermeister in seltener Klarheit und in aller Öffentlichkeit so vom Leder zieht, dann muss schon „Matthäi am letzten“ sein. Die Redewendung bedeutet so viel wie, dass jemand nervlich am Ende ist. Gegenüber KN-online klagt König über Krawall, rüpelhaftes Benehmen und Respektlosigkeit. Hauptgrund für die Entwicklung sei, dass es sich bei den rund 800 Bewohnern der Landesunterkunft (LUK) vorwiegend um junge Männer ohne Bleibeperspektive handele. Insgesamt sind dort 1200 Migranten untergebracht.

Das heißt, dass mehr als ein Viertel der Einwohner aus Zuwanderern besteht. Diese leben in der sog. Landesunterkunft (LUK), einem „Ankerzentrum von hinten herum“, vermutet König.

Die Boostedter hätten anfangs große Hilfsbereitschaft gezeigt, viele hätten sich ehrenamtlich für die Zuwanderer engagiert, sagte König laut Kieler Nachrichten. Das habe sich nun geändert. „Das Ehrenamt ist zusammengebrochen.“ Das Engagement werde „von den Flüchtlingen nicht gewürdigt“, so König. Die schwierige Klientel der LUK beschreibt er so: „Sie dürfen nicht arbeiten, wollen keinen Kontakt zur Bevölkerung, haben kein Interesse an Sprachunterricht und fallen in der Unterkunft durch Alkohol und Krawall auf.“ Die Polizei hat ihre Kräfte in der Asyl-Unterkunft auf 23 Beamte aufgestockt. Wiederholt war es dort zu handgreiflichen Auseinandersetzungen unter Bewohnern gekommen.

Vom Land fühlt sich König allein gelassen und besteht auf einer weiteren zentralen Einrichtung in Schleswig-Holstein. Dort will man das Boostedter Flüchtlingslager noch bis 2024 erhalten und die Unterbringungszahlen ab Dezember 2019 auf 500 bis 700 maximal reduzieren.

Die Kieler Nachrichten springen dem bedrängten Bürgermeister zur Seite. „So offen, so ehrlich und, ja, so mutig hat wohl

noch kein Bürgermeister in Deutschland die realen Probleme mit Zuwanderern in seinem Ort beim Namen genannt. Wir haben uns dazu entschieden, seine Schilderungen im Wortlaut zu dokumentieren – auch weil auf diese Weise der moralische Zwiespalt deutlich wird, der den Christdemokraten quält“, schreibt Chefredakteur Christian Longardt.

Es lohnt sich, den [Kommentar des leitenden KN-Journalisten](#) streckenweise wörtlich zu zitieren:



Christian
Longardt.

Diesen Zwiespalt erleben nach drei Jahren intensiver Flüchtlingsdebatte doch auch viele andere, selbst wenn sie viel weiter vom Asylthema entfernt sind als der Bürgermeister einer Kommune mit zentraler Asylunterkunft. Straftaten von Migranten, die längst hätten abgeschoben werden sollen, haben das Klima in der Republik nachhaltig verändert, der Terroranschlag von Berlin war ebenso eine Zäsur wie der Fall der ermordeten Susanna in Mainz und die Affäre um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

In Boostedt geht es nicht um Terror, nicht um schwere Kriminalität. Hartmut König beschreibt einen schleichenden Prozess, der die Stimmung in seinem Dorf der Flüchtlingsfreunde Stück für Stück zum Kippen bringt. Selbst die Willkommensinitiative hat schon die Segel gestrichen. In Boostedt geht es um mangelnden Respekt, um Grenzüberschreitungen und das wachsende Gefühl, das einem Teil der Migranten nicht mehr zu helfen ist, weil sie keine Hilfe wollen.

Und weiter:

Die grundlegende Frage, die weit über Boostedt hinausreicht: Was macht unsere Gesellschaft mit Migranten, die hier im Lande sind und absehbar noch bleiben, aber für Integrationsbemühungen der Mehrheitsgesellschaft nicht erreichbar sind? Hunderte vorwiegend junge Zuwanderer auf engem Raum, die aus verschiedenen Gründen nicht außer Landes gebracht werden können und für die Integration verloren sind: Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Und es geht in der Landesunterkunft offenbar auch nicht gut. Das auszusprechen, ist Königs Verdienst. Teile der Öffentlichkeit werden ihn dafür heute als Rassisten beschimpfen, was ebenso erwartbar wie ungerecht ist.

Longardt gibt der Landesregierung und ihrem Ministerpräsidenten mit auf den Weg: „Wegducken löst keine Probleme“. Dem ist nichts hinzuzufügen. Frau Merkel, bitte notieren.

<https://youtu.be/qW1UMJarISs>